

First Things First, das Programm der Jungen Liberalen zur Bundestagswahl 2025

Kapitel 5, ein nachhaltiges und resilientes Land.

Wir Junge Liberale wollen unsere Lebensgrundlagen erhalten und schützen. Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Für uns ist klar, nur Innovationen und die Einhaltung eines globalen Treibhauslimits können den Klimawandel abwenden. Deshalb braucht es marktwirtschaftliche Instrumente und internationale Kooperation. Die Problemlösung, Eigenverantwortung und Effizienz lohnen.

Der **Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente** für den Klimaschutz wird von Experten als effektiver und kosteneffizienter Ansatz gesehen.

- Das Europäische Emissionshandelssystem gilt als zentrales Klimaschutzinstrument der EU und hat sich als wirksam erwiesen, um Emissionen zu reduzieren. Wir fordern den Abbau klimaschädlicher Subventionen.
- Diese Forderung nach dem Abbau klimaschädlicher Subventionen wird von Wirtschaftsexperten unterstützt. Studien zeigen, dass solche Subventionen Innovationen hemmen und die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft behindern können.
- Die Integration von Negativemissionen in den Emissionshandel wird von Klimaforschern als notwendig erachtet, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Der Weltklimarat IPCC betont die Bedeutung von CO₂-Entnahmetechnologien.
- Eine Klimadividende als sozialer Ausgleich für steigende CO₂-Preise wird von Ökonomen als sinnvolles Instrument gesehen, um die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen zu erhöhen und negative Verteilungseffekte abzubauen. Dabei werden Einnahmen aus dem CO₂-Preis als Pro-Kopf-Bauschale an alle Bürger zurückgezahlt.“

Die Forderung nach einer **Liberalisierung des Fernwärmenetzes** entspricht dem Trend zu mehr Wettbewerb und Effizienz im Energiesektor.

- Studien zeigen hier, dass eine Trennung von Netzbetrieb und Erzeugung zu mehr Innovationen und niedrigeren Preisen führen kann.
- Die Stärkung der Klimaresilienz zudem wird von Experten als unverzichtbar angesehen, um die Folgen des Klimawandels abzumildern.

Die **Förderung von Elementarschadenversicherung** wird als marktwirtschaftlicher Ansatz zur Risikominderung empfohlen.

Wir fordern die **vollständige Trennung von Netz und Betrieb der Deutschen Bahn**.

- Während der Betrieb vollständig privatisiert wird, bleiben essentielle Elemente für die Infrastruktur wie die DB Energie, DB Immobilien und DB Vertrieb in staatlicher Hand.
- Dabei sollen Mobilitätsdaten sowie das Angebot auf dem DB Navigator für alle privaten Akteure geöffnet und nutzbar gemacht werden.

Wir müssen den **Ausbau der Schieneninfrastruktur sichern**.

- Deshalb fordern wir nach Schweizer Vorbild die Überführung der über 190 Fördertöpfe in zwei Fonds.
- Einen zur Erhaltung und einen zum Ausbau. Dort werden alle bestehenden Zuschüsse, Trassenentgelde und so weiter zusammengefasst.
- Dazu sollen diese Mittel auch am Kapitalmarkt angelegt werden.
- Außerdem wollen wir Vermehrt of Public-Private-Partnerships setzen.

Unsere **Vision für das Deutschland-Ticket, der Mobilitätspass**.

- Um das bestehende Deutschland-Ticket in eine nachhaltige Zukunft zu führen, brauchen wir ein neues Konzept.
- Langfristig soll so aus einem Ticket ein digitaler Pass werden. Bezahlt werden nur die getätigten Fahrten bis zu einem Deckelbetrag. Erfasst werden die Fahrten gänzlich automatisch mit entsprechendes Software und Hardware an den Haltestellen und in den Fahrzeugen.
- Die dafür entstehenden Kosten sollen unter anderem aus Einsparungen, durch Abschaffung kleinteiliger und regionaler Verkehrsverbände gegenfinanziert werden.
- Bis zur Einführung des Mobilitätspasses sprechen wir uns für den Erhalt des Deutschland-Tickets in aktueller Form aus.

Eine Reduktion des deutschen Schilderwaldes.

- Wir müssen Verkehrssicherheit durch Klarheit erhöhen. Der aktuelle deutsche Schilderwald führt oft zu einer Überforderung der Verkehrsteilnehmer. Zu viele Schilder auf engen Räumen lenken ab und mindern die Aufmerksamkeit für das Wesentliche im Straßenverkehr.
- Studien zeigen, dass weniger, aber dafür eindeutiger Verkehrszeichen zu einer besseren Wahrnehmung und damit zu mehr Sicherheit führen. Wenn Halteverbote durch gut sichtbare Straßenmarkierungen ersetzt werden, ist der Verkehrsfluss klarer geregelt und der Blick der Autofahrer bleibt auf der Straße.
- Die Reduktion der Schildervielfalt bedeutet weniger Verwaltungsaufwand und den Standhaltungskosten.
- Kommunen sparen dadurch Geld, das stattdessen in den **Ausbau intelligenter Verkehrssysteme** investiert werden können.
 - Diese Systeme können situativ auf Verkehrsbedingungen reagieren und so den Verkehr effektiver steuern als statische Schilder.
 - Intelligente Verkehrsleitsysteme bieten im Vergleich zu statischen Tempolimits zahlreiche Vorteile.
 - Sie können Echtzeitdaten zur Verkehrsdichte, Witterung und Unfallsituation nutzen, um dynamisch die passende Höchstgeschwindigkeit oder Umleitung anzuzeigen. Dies sorgt für einen flüssigeren Verkehr und reduziert gleichzeitig Unfallrisiken, ohne dass es einer starren Regulierung bedarf.

Tempolimits sollten sich ausschließlich am tatsächlichen Gefahrenpotenzial orientieren.

- Eine pauschale Absenkung der bestehenden Standardlimits, zum Beispiel Innerorts auf 30 kmh lehnen wir ab, da sie oftmals mehr Stau und Emissionen verursacht, ohne einen signifikanten Sicherheitsgewinn zu erzielen.
- Stattdessen ist eine gezielte Regulierung an Gefahrenstellen sinnvoller.

- Verkehrsmaßnahmen sollten auf nachweisbare Sicherheitsvorteile abzielen und nicht als erzieherisches Mittel dienen.
- **Maßnahmen wie unnötige Tempolimits oder vermehrte Schilder sind bevormundend** und tragen nicht zu einer Verkehrssicherheit bei. Eine moderne Verkehrspolitik setzt auf Eigenverantwortung der Bürger und den gezielten Einsatz intelligenter Technik.

Wohnungsbau als Schlüssel gegen Wohnungsmangel.

- Der anhaltende Wohnungsmangel in vielen Regionen Deutschlands kann nur durch den Bau neuer Wohnungen gelöst werden.
- Dabei müssen überbordende Regulierung und Normen im Bauwesen reduziert werden, um Baukosten zu senken, um Bauvorhaben zu beschleunigen.
- Ein verschlanktes Baurecht sorgt dafür, dass bürokratische Hürden abgebaut und Projekte schneller umgesetzt werden können.
 - Viele freiwillige Normen treiben die Baukosten in die Höhe, ohne dass sie zwingend zur Qualität des Wohnens beitragen. Der Verzicht auf diese Normen muss jedoch ohne zusätzlichen bürokratischen Mehraufwand erfolgen.
 - Zudem ermöglicht die Einführung einmaliger Baugenehmigung für modulares und serielles Bauen eine erhebliche Beschleunigung der Genehmigungsprozesse und reduziert die Kosten für Investoren und Bauherren.
- Damit der Wohnungsbau für Investoren wieder attraktiver wird, müssen staatliche Eingriffe wie die **Mietpreisbremse schrittweise abgebaut** werden.
 - Die Mietpreisbremse sorgt langfristig für weniger Investitionen in den Wohnungsbau und verschärft den Wohnungsmangel.
 - Stattdessen sollten Nachverdichtungen flächendeckend ermöglicht werden, um mehr Wohnraum auf vorhandenen Flächen zu schaffen.
- Der Erwerb von Wohneigentum ist für viele Haushalte ein zentraler Wunsch, jedoch oft mit hohen Hürden verbunden. Um den Kauf der ersten, selbstgenutzten Immobilie zu erleichtern, sollte die **Grunderwerbsteuer entfallen**.
- Gleichzeitig können moderne Options- und Mietkaufmodelle mehr Menschen den Weg in die eigenen vier Wände ebnen. Diese Modelle müssen rechtlich normiert werden, um Investoren und Käufern gleichermaßen Sicherheit zu geben.
- Langwierige Genehmigungsprozesse blockieren viele Bauprojekte, die dringend benötigt werden. Projekte, die dem Erreichen der Klimaneutralität dienen, wie der Ausbau erneuerbarer Energien, sollten im Baurecht privilegiert werden. Das bedeutet, dass bürokratische Prüfungen entfallen und Verfahren beschleunigt werden.
- Kommt der Artenschutz mit Bauvorhaben in Konflikt, sollte der Fokus stärker auf den Populationsschutz gelegt werden, ergänzt durch sinnvolle Kompensationsmaßnahmen.
- So können wichtige Bauprojekte umgesetzt werden, ohne den Umwelt- und Artenschutz zu vernachlässigen. Zudem kann die Umweltverträglichkeitsprüfung durch präventive Datenerhebung beschleunigt werden.
- Durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und den privaten Investoren können dringend benötigte Infrastrukturprojekte schneller realisiert werden.

- Public-Private Partnerships schaffen mehr Investitionsspielräume, insbesondere für große Projekte im Bereich Verkehr, Energie und Wohnen.“